

Jahrgang 72, 2023, Heft 2 – Inhalt

EDITORIAL	133
ONLINE ARCHIV	
Koalitionen und Regierungsbildung	136
MEINUNG	
<i>Christoph Butterwegge</i> Kindergrundsicherung – noch kein überzeugendes Konzept Ein sozialpolitisches Prestigeprojekt von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP steht zur Disposition	137
AKTUELLE ANALYSEN	
<i>Julian Degan und Bernhard Emunds</i> Aktuelle Strategien der Wohnungspolitik. Keine nachhaltige Verbesserung ohne Veränderungen beim städtischen Boden	145
<i>Eckhard Jesse</i> Die Linke und ihr Niedergang	150
<i>Hendrik Träger und Celine Matthies</i> ,Unregierbarkeit‘ nach den ostdeutschen Landtagswahlen 2024?.....	156
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Roland Sturm</i> Europäische Stabilitätspolitik (am Ende?) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)	163
FACHAUFSÄTZE	
<i>Pascal Dißmer</i> Rollenbilder von Mandatsträgern in Niedersachsen	169
<i>Franziska Wittau und Ulf Kerber</i> Sozioinformatisches Denken Digital Literacy durch eine neue ökonomische Medienbildung	180
<i>Susanne Worbs und Stefan Immerfall</i> Staatsangehörigkeit und Einbürgerung – ein Blick auf die aktuelle Debatte im Lichte der Forschung	193

Bastian Vajen, Lena Bohnenstengel und Dirk Lange
Der Krieg in der Ukraine – Die Vorstellungen und Emotionen von
Schülerinnen und Schülern 205

KONTROVERS DOKUMENTIERT

Claudia Mathias
Kontrovers: Cannabis-Legalisierung in Deutschland 217

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Christian Fischer
„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) – Nicht nur Chancen, sondern
auch Herausforderungen und Probleme für die sozialwissenschaftliche Bildung . 227

Johannes Jöbnck
Rollenspiele in einer inklusionsorientierten historisch-politischen Bildung
Sinn und Grenzen am Beispiel „Rosa Parks“ – Teil 1 239

DAS BESONDERE BUCH

Hermann Kurthen
Eine Reise durch die gespaltenen Staaten von Amerika
Evan Osnos (2022) Mein wütendes Land..... 249

REZENSIONEN

Christine Hübner Murdock
Nina Kolleck (2022): Politische Bildung und Demokratie. Opladen & Toronto:
Verlag Barbara Budrich 255

Tilmann Grammes
David Jahr: Die Politik der Schulklasse. Dokumentarische Videoanalysen
unterrichtlicher Praktiken zwischen Integration und Destruktion. Studien zur
Schul- und Bildungsforschung. Wiesbaden: Springer 2022 256

Autorinnen und Autoren 257

Kindergrundsicherung – noch kein überzeugendes Konzept

Ein sozialpolitisches Prestigeprojekt von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP steht zur Disposition

Christoph Butterwegge

Seit drei Jahrzehnten nimmt die Kinderarmut im vereinten Deutschland mehr oder weniger kontinuierlich zu (vgl. hierzu: Butterwegge/Butterwegge 2021, S. 22ff.). Nach den neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes auf der Basis des von ihm erhobenen Mikrozensus hat sie 2021 mit 21,3 Prozent der Unter-18-Jährigen, die armutsgefährdet sind, einen Höchststand erreicht. Rund drei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wachsen in Familien auf, die weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Dort liegt nach einer EU-Konvention die Armutsgefährdungsschwelle, was für Alleinerziehende mit einem Schulkind bedeutet, von 1.489 Euro, und für Paare mit zwei Schulkindern, von 2.405 Euro leben zu müssen.

Bundestagswahlkampf, Ampel-Koalition und Kindergrundsicherung

Im letzten Bundestagswahlkampf gehörte die Einführung einer Kindergrundsicherung (KGS) für SPD und Bündnis 90/Die Grünen daher zu den zentralen Forderungen. Beispielsweise versprachen die Bündnisgrünen in ihrem Wahlprogramm, Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder sowie die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in der Kindergrundsicherung zu verschmelzen: „Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Fa-



Prof. em. Dr. Christoph Butterwegge
Humanwissenschaftliche Fakultät
Universität zu Köln
Foto: Kramers/ZDF

Aktuelle Strategien der Wohnungspolitik

Keine nachhaltige Verbesserung ohne Veränderungen beim städtischen Boden

Julian Degan und Bernhard Emunds¹

In den letzten gut zehn Jahren ist Wohnraum in vielen deutschen Großstädten zu einem äußerst knappen und damit teuren Gut geworden. Gerade in den dynamisch wachsenden Ballungsräumen sowie auch in vielen attraktiven Universitätsstädten gingen die Immobilienpreise im Laufe der 2010er Jahre stetig steil nach oben, wodurch es zunehmend mehr Großstadthaushalten schwer fällt, eine für ihre Bedürfnisse entsprechende (vor allem eine für sie bezahlbare und ausreichend große) Wohnung zu finden. Die Immobilienpreisindez der Deutschen Bundesbank² etwa verdeutlichen, dass sich die durchschnittlichen Mieten von neu angebotenen Wohnungen in den sieben größten deutschen Städten³ zwischen 2010 und 2022 um ca. 65 Prozent erhöht haben. Zum Vergleich: Der Verbraucherpreisindex, der gängigste Indikator der durchschnittlichen Preisentwicklung, verzeichnete im selben Zeitraum lediglich ein Plus von 20 Prozent. Noch stärker als die Mieten sind die Kaufpreise von Immobilien gestiegen. Nach Angaben der Bundesbank erhöhten sie sich in den sieben größten Städten um ca. 160 Prozent. Daran wird deutlich, dass es bei der gegenwärtigen Wohnungsfrage nicht nur um das Wohnen selbst geht,

sondern auch um Gerechtigkeitsfragen, insbesondere um eine Verschärfung der ökonomischen Ungleichheit. Denn während bereits vermögende Immobilieneigentümer:innen von weiter steigenden Immobilienpreisen profitieren, stehen viele einkommensärmere (Großstadt-)Haushalte vor dem Problem, einen derart hohen Anteil ihres Einkommens für die Wohnkosten ausgeben zu müssen, dass ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten stark eingeschränkt werden.

Dass die Wohnraumpreise in vielen deutschen Großstädten zuletzt derart in die Höhe gingen, ist auf eine Reihe von unterschiedlichen Einflussfaktoren zurückzuführen. Zu den wichtigsten gehört zunächst der (weltweit zu beobachtende) Trend zur Urbanisierung. So strömten in den letzten Jahren zahlreiche Menschen aus dem In- und Ausland vor allem aufgrund des großen Angebots an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in die deutschen Großstädte oder in deren Umlandgemeinden. Auch viele Unternehmen – vor allem jene aus der Dienstleistungsbranche – ließen sich zuletzt in den prosperierenden Ballungsräumen nieder, wo sie ein breites Angebot an (hochqualifizierten) Arbeitskräften vorfinden. Neben diesen Wande-



Julian Degan

Nell-Breuning-Institut der Phil.-Theol. Hochschule
Sankt Georgen, Frankfurt am Main



Prof. Dr. Bernhard Emunds

Nell-Breuning-Institut der Phil.-Theol. Hochschule
Sankt Georgen, Frankfurt am Main

Die Linke und ihr Niedergang

Eckhard Jesse

1. Einleitung

Die Niederlagenserie der Partei Die Linke reißt nicht ab. Bei den Wiederholungswahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 ging ihr Anteil von 14,1 (2021) auf 12,2 Prozent zurück. Die Einbußen fielen allerdings geringer aus als bei den Wahlen zuvor, weswegen die Partei dieses Resultat schönzureden versuchte. Im Zentrum dieses Beitrages stehen die Ursachen für den offenkundigen Niedergang. Welche Faktoren sind dafür wesentlich? Gibt es Unterschiede zwischen Ost und West? Kann die Linke die für sie negative Entwicklung aufhalten oder gar umkehren?

Zunächst wird die Vielzahl der Wahlniederlagen beschrieben. Dann folgt eine kurze demokratietheoretische Einordnung der Partei. Schließlich sucht der Beitrag eine Antwort auf die Frage nach den Gründen für den Erfolg der Partei ab Mitte des ersten Dezenniums im neuen Jahrhundert zu finden, nachdem diese bis dahin mehr oder weniger eine Ostpartei war. Das ist deshalb wichtig, weil die Gründe für den Aufstieg zugleich wesent-

lich jene für den Abstieg erklären. Die abschließenden Perspektiven leuchten die Zukunft der Partei aus.

2. Niederlagenserie der Partei

Hatte Die Linke 2019 bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen schwere Verluste in Höhe von 7,9 und 8,5 Prozentpunkten hinnehmen müssen, fiel das Resultat in Thüringen, ihrer Hochburg, ganz anders aus. Dort gelang es ihr dank des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow sich noch einmal zu steigern, und zwar von 28,2 Prozent auf 31,0 Prozent. Ein solch gutes Ergebnis hatte die Partei zuvor nie auch nur annähernd erreicht. Aber das war kein bundesweites Signal. Bei der letzten Landtagswahl vor der Bundestagswahl 2021 in Sachsen-Anhalt stürzte Die Linke von 16,3 Prozent auf 11,0 Prozent ab. Bei dieser Bundestagswahl erlitt sie mit ihren Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch, dem eher gemäßigten Ostdeutschen, und Janine Wissler, der stärker radikalen



Prof. (em.) Dr. Eckhard Jesse
Technische Universität Chemnitz
Institut für Politikwissenschaft

‚Unregierbarkeit‘ nach den ostdeutschen Landtagswahlen 2024?

Hendrik Träger und Celine Matthies

1. Einleitung

Im Oktober 2019 forderte Annalena Baerbock als damalige Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen alle demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit auf, weil andernfalls „Bundesländer unregierbar“ (zit. nach Der Spiegel 2019) werden würden. Nach den damaligen Landtagswahlen gestaltete sich die Regierungsbildung in Brandenburg, Sachsen und Thüringen schwierig, denn mit zwei ‚Kenia-Koalitionen‘ (jeweils einmal unter Führung der SPD und der CDU) sowie einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung mussten drei sogenannte „nicht-etablierte Koalitionen“ (Gross und Niendorf 2017, S. 365) gebildet werden.

Dies ist auf die starke Zersplitterung (Fragmentierung) der Landtage infolge der elektoralen Erfolge der AfD einerseits sowie der gleichzeitigen Schwäche von CDU und SPD als den klassischen Volksparteien andererseits zurückzuführen. Die Folge sind langwierige Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen sowie Minderheitsregierungen, die auf die Unterstützung von Teilen der Opposition angewiesen sind. Im Regierungsaftag können politische Gestaltungsprozesse ge-

hemmt und/oder wichtige Entscheidungen verzögert beziehungsweise verhindert werden, weil die Einigungsprozesse bei drei Koalitionsparteien komplexer als bei zwei Parteien sind. Manche Bündnisse, die rein rechnerisch über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würden, werden durch die gegenseitige Abgrenzung von Parteien (Segmentierung) ausgeschlossen. So lehnt die CDU (2018, S. 19) seit ihrem sog. ‚Unvereinbarkeitsbeschluss‘ „Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“

Vor diesem Hintergrund sind die Landtagswahlen, die im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen anstehen, über die drei Bundesländer hinweg von besonderem Interesse: Könnte es zu einem Zustand der ‚Unregierbarkeit‘ kommen? ‚Unregierbarkeit‘ ist kein politikwissenschaftlich eindeutig definierter Begriff. Im Folgenden wird darunter eine Situation verstanden, in der die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse keine politisch realisierbaren Koalitionsbündnisse ermöglichen.

Der Beitrag besteht aus zwei Teilen: Zunächst wird die Entwicklung der Parteiensysteme



Dr. Hendrik Träger
Universität Leipzig
Institut für Politikwissenschaft



Celine Matthies
Lehrerin für Englisch und
Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Leipzig

Europäische Stabilitätspolitik (am Ende?): Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)

Roland Sturm

1. Warum gibt es den SWP?¹

Die Einführung des Euro 1999 (als allgemeines Zahlungsmittel 2002) wurde in den Ländern mit starker Währung (in Deutschland die DM) kontrovers diskutiert². Für Deutschland bedeutete die Einführung des Euro einen finanziellen Verlust. Kredite mussten nun mit höheren Zinsen bedient werden. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war das politische Ziel der Vertiefung der europäischen Integration, gestützt auch auf die Präferenzen Frankreichs, vorrangig. Der Verlust an Stärke der gemeinsamen Währung sollte dadurch möglichst geringgehalten werden, dass der Euro das Stabilitätsniveau der DM erreichen würde (also mit entsprechend niedrigen Zinsen für Kredite). Symbolisch wurde dieser Wunsch umgesetzt durch die der Wahl des Bundesbankstandortes Frankfurt am Main als Standort der Europäischen Zentralbank (EZB). Ökonomisch leisteten vier Bestimmungen des Vertrags von Maastricht 1992 „Hilfestellung“, von denen allerdings nur zwei sich auf nachprüfbare Zahlenwerte beziehen. In einem Protokoll (heute: Lisabon Vertrag, Protokoll Nr.12, Artikel 1) nennt der Maastrichter Vertrag konkrete Referenzwerte, die anzustreben seien: „3 Prozent für das Verhältnis

zwischen dem geplanten oder tatsächlichen Defizit und dem Bruttoinlandprodukt zu Marktpreisen und 60 Prozent für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem Bruttoinlandprodukt zu Marktpreisen.“ Den Euro sollten nur jene Länder einführen, die durch die Beachtung dieser Grenzwerte „übermäßige“ Defizite vermeiden.

Bei der Einführung des Euro sah man in einer Reihe von EU-Staaten aus politischen Gründen allerdings großzügig vor allem über das 60 Prozent-Ziel hinweg. Die erforderliche Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung war 1999 nur unzureichend erreicht. Von Beginn an wurden die Maßstäbe für noch akzeptable Defizite kritisiert. Die Werte von jährlich drei Prozent des BIP beim Jahreshaushalt und sechzig Prozent des BIP beim Schuldenstand seien zu beliebig: eine Defizitbegrenzung würde zu einer wachstumsfeindlichen Ausgabenbegrenzung führen, und Haushaltspolitik sei doch weiter eine nationale Angelegenheit, trotz gemeinsamer Währung – ein Paradox, wie sich in den Folgejahren zeigen sollte. Die Überlegung der Befürworter der Maastricht-Kriterien war, dass, wenn Eurostaaten durch die Defizitbegrenzung nicht mehr der bequeme Weg der Staatsverschuldung zur Verfügung stünde, um



Prof. i. R. Dr. Roland Sturm
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft und
GWP-Herausgeber

Rollenbilder von Mandatsträgern in Niedersachsen

Pascal Dißmer

Zusammenfassung:

Niedersächsische Ortschaftsverfassung bedeutet Tradition und Beständigkeit. Aber inwieweit wird sie den heutigen Gegebenheiten (u.a. sinkende Wahlbeteiligungen) gerecht? Dies wird im Beitrag anhand der Rollenbilder der politischen Mandatsträger auf der niedersächsischen Ortschaftsebene diskutiert.

1. Einleitung*

Im Jahr 2021 kam es in insgesamt 79 Prozent der deutschen Kommunen zu Beleidigungen, Bedrohungen oder in einigen schwerwiegenden Fällen zu körperlichen Angriffen gegenüber Gemeindevertretern¹ und ihren Mitarbeitern (Erhardt 2021). Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohner erreichen damit ein vergleichbares Niveau wie größere Städte (ebd.). Dies könnte ein Grund dafür sein, weshalb sich die Anzahl der möglichen Kandidaten für kommunalpolitische Ämter drastisch reduziert hat. Aktuell ist auf kommunalpolitischer Ebene von einer „Personalknappheit“ (Breyer-Mayländer 2019: 5) oder „Bewerberflaute“ (Abberger 2013) auszugehen. Diesem Trend gegenläufig ist der hohe Stellenwert lokaler Themen für die Bürger sowie die Bedeutung kooperativer und direktdemokratischer Beteiligungsformate auf kommunalpolitischer Ebene (Bogumil 2017: 129, 131).

Kommunale Mandatsträger erfüllen dabei als Akteure der Umsetzung kommunaler Selbstverwaltung eine zentrale Funktion im föderalen Gefüge der BRD. Als Vertreter der Politik sind sie Repräsentanten und Ausdruck politischer Willensbildung vor Ort und verfügen über ein spezifisches Verständnis der Bürger. Deshalb erstaunt es,



Pascal Dißmer

Niedersächsisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V. (NSI),
hauptamtlich tätig beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport,
Hannover.

dass Mandatsträger auf Kommunalebene bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Studien sind: „Unser Wissen über Kommunalpolitiker in Deutschland, ihre Sicht auf die eigene Arbeit, ihre Einstellungen zu wesentlichen Fragen lokalen ‚Regierens‘, ihr Verhältnis zur Bürgerschaft [...] ist verglichen mit unserem Wissen über nationale Repräsentanten eher gering“ (Tausendpfund/Vetter 2017: 2). Erkenntnisse zu den Rollenbildern kommunaler Mandatsträger könnten jedoch dazu beitragen, dass politische Entscheidungsprozesse sowie seine Ergebnisse insgesamt nachzuvollziehen sind (Klingelhöfer 2017: 256). Dies wiederum verspricht Erkenntnisse hinsichtlich des Verhältnisses von Bürgern und ihren gewählten Vertretern und leistet somit einen wichtigen demokratietheoretischen Beitrag.

Aufgrund der Föderalstrukturen unterscheiden sich Kontext sowie Strukturen der Kommunalebene je Bundesland. Dementsprechend bestehen auch Unterschiede hinsichtlich der Mandatsträger. Im Bundesland Niedersachsen, welches im Zentrum des vorliegenden Beitrags steht, werden alle fünf Jahre ehrenamtliche Mandatsträger zur Besetzung der Kommunalvertretungen gewählt. Dies betrifft auch die Mandate auf Ortschaftsebene, die ebenfalls kaum wissenschaftlich untersucht wurden² und die das Resultat der sogenannten Ortschaftsverfassung in Niedersachsen sind.

Bei der niedersächsischen Ortschaftsverfassung handelt sich um ein traditionsreiches Instrument, das bis heute fast unverändert fortgeführt wird, lediglich Gesetzanpassungen von eher untergeordneter Bedeutung hat es gegeben. Trotz Überprüfungen der niedersächsischen Kommunalverfassung (u.a. durch Enquete-Kommissionen 1978 und 1991; vgl. Niedersächsischer Minister des Innern 1978: 98f.; Niedersächsischer Landtag 1994: 126-128) sowie fortschreitender Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik, blieben weitreichende Weiterentwicklungen oder eine Reform der niedersächsischen Kommunalverfassung aus.

Dabei wirken sich gerade abnehmende Kandidaturen bei den Kommunalwahlen (mit Ausnahme der Kreistags- und Stadtratswahlen) (Königsberg 2017: 277) sowie die sinkende Wahlbeteiligung (Schäfer/Schoen 2013: 100f.) quantitativ auf die ehrenamtliche Arbeit der kommunalen Mandatsträger und damit auch auf die Mandatsträger der Ortschaftsebene als dezentrale Untergliederung einer Gemeinde aus. Gleichzeitig ergeben sich vor dem Hintergrund der Forderung nach zusätzlichen Formaten direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung auch qualitative Änderungen für die Mandatstätigkeit.

Es ergibt sich insgesamt ein spannungsreiches Forschungsfeld, das sich im Hinblick auf eine Reformierung der lokalen Demokratie von der untersten Ebene aus zu erschließen lohnt. Der vorliegende Beitrag präsentiert Ergebnisse einer qualitativen Interviewstudie, die ausgehend von der skizzierten Problemstellung die Rollenbilder von Mandatsträgern der Ortschaftsebene untersucht. Dabei sind die Ergebnisse aufgrund der kleinen Stichprobe (acht Mandatsträger) nur bedingt repräsentativ.

Nachfolgend wird die Entwicklung der Ortschaftsverfassung Niedersachsens im Zusammenhang mit der kommunalen Selbstverwaltung erläutert (2). Anschließend wird auf das Rollenbild einschließlich der Dimensionen mit Hilfe des Analyserasters von Nadja Wilker eingegangen (Wilker 2019) (3). Aufbauend werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung sowie das Bürgerbild als potenzieller Problempunkt

Sozioinformatisches Denken

Digital Literacy durch eine neue ökonomische Medienbildung

Franziska Wittau und Ulf Kerber

Zusammenfassung

Ökonomisches Handeln ist heute untrennbar mit digitalen Technologien verbunden. Um Lernenden ein Verständnis für die ökonomisch geprägte Nutzung von und die Veränderung ökonomischer Prozesse durch digitale Medien und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Folgewirkungen zu eröffnen, ist eine fachdidaktisch geprägte, ökonomische Medienbildung unumgänglich. Der Ansatz der sozioinformatischen Bildung bietet Möglichkeiten, Lernenden ein Verständnis für die Wechselwirkungen zwischen digital-informatischen und sozialen Systemen zu vermitteln und somit ein Bewusstsein für die gesellschaftlichen Folgen digitaler Technologien zu schaffen. Dieser Ansatz und sein Beitrag zur Ausbildung einer (ökonomischen) Digital Literacy wird am Beispiel des Digital Nudging, einer Methode zur gezielten Beeinflussung des Nutzer*innenverhaltens auf Websites oder Apps durch die Gestaltung der Benutzeroberfläche, konkretisiert. Es kann gezeigt werden, dass sozioinformatisches Lernen ein wichtiger Bestandteil einer zeitgemäßen Ökonomiedidaktik ist.

1. Einleitung: Die Macht der Algorithmen – die Macht der Plattformen

Die gesellschaftliche Transformation durch Digitalisierungsprozesse ist heute weiter vorangeschritten als vielen Menschen bewusst ist. Algorithmen beeinflussen und kontrollieren vielfältigste Handlungen: immer mehr Menschen organisieren ihr Arbeitsleben über Plattformen wie Teams oder Slack, die zunehmend KI-Systeme wie Spracherkennungssoftware oder automatisierte Entscheidungssysteme beinhalten, um bestimmte Aufgaben effizienter als Menschen zu erledigen. Immer mehr Unternehmen setzen Roboter ein, um repetitive oder gefährliche Aufgaben zu automatisieren.



Dr. Franziska Wittau
Universität Bielefeld, Didaktik der Sozialwissenschaften



Dr. Ulf Kerber
Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Institut für
transdisziplinäre Sozialwissenschaft

Schließlich hat der 3D-Druck die Art und Weise verändert, wie individuelle maßgeschneiderte Produkte hergestellt werden. Beim privaten Konsum wird zunehmend das „Internet der Dinge“ genutzt: Putzroboter scannen unsere Zimmer und erfassen Einrichtungsgegenstände, Sprachbefehle steuern Beleuchtung, Rollläden und TV, auch Heizungsanlagen werden durch die aktuelle Gaspreiskrise zunehmend „smarter“.

Es ist nicht übertrieben, wenn wir dabei die These aufstellen, dass die immer komplexer werdenden Algorithmen manipulativen Einfluss auf unser Leben und auch auf unser ökonomisches Handeln nehmen – und zwar für alle in der ökonomischen Bildung betrachteten Situationsfelder (Kaminski 2017, 37):

1. *Konsum*: Vorschläge und Suchergebnisse beim Online-Shopping werden von Händler*innen vielfach algorithmisch vorgeordnet. Die Algorithmen orientieren sich dabei an ähnlichen Nutzer*innengruppen, wobei die Zuordnung zu diesen Gruppen einerseits auf bisherigen Einkäufen, andererseits auf Interessen der Anbieter*innen basiert. Das kann die mir präsentierte Produktauswahl erheblich einschränken (Filterblasen-Effekt), etwa weil bestimmte Produkte gar nicht präsentiert werden oder die Preise der Nutzer*innengruppe, der ich zugeordnet wurde, über denen anderer Gruppen liegen (sog. Dynamic Pricing, z.B. da meine IP-Adresse auf ein besseres Wohnviertel verweist oder ich mit dem neuesten iPhone shoppe).
2. *Arbeit*: Arbeitsprozesse können algorithmisch strukturiert, kontrolliert sowie wirtschaftlich optimiert werden. Zahlreiche digitale Assistenzsysteme (Apps und Wearables wie Handschuhe mit Sensoren oder Datenbrillen) versprechen zum Beispiel Gesundheitsdienstleister*innen und Logistiker*innen Arbeitserleichterungen, da sie Aufenthaltsdauer, Lauf- und Fahrwege verkürzen oder Arbeitsprozesse optimieren. Wenn die durch Effizienzsteigerungen gewonnenen Arbeitszeiten aber genutzt werden, um Arbeitszeit zu verdichten, den Druck auf eine immer größere Selbstoptimierung erhöhen (Bin ich schnell genug?) oder Algorithmen es ermöglichen, höher qualifizierte Arbeit zu ersetzen (der Algorithmus gibt Aufgaben ja kleinteilig vor), haben sie das Potenzial, die Arbeitswelt nachhaltig auch zum Nachteil der Beschäftigten zu verändern (Krzywdzinski et al 2022).
3. *Wirtschaftsgesellschaft*: Mindestens mittelbar beeinflussen die für die Betreiber sozialer Medien sehr einträglichen Algorithmen auch unser Handeln als Wirtschaftsbürger*innen, denn sie eröffnen Fragen nach der politischen Regulierung selbiger bzw. ihrer Geschäftsmodelle. Auf Instagram, TikTok oder Facebook legen Algorithmen ähnlich zu den Onlineshops fest, wer welches Posting zu sehen bekommt. Dabei gilt als Faustregel, dass (gerade negativ) emotionalisierende Posts eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, bei möglichst vielen Nutzer*innen in den individuellen Newsfeed aufgenommen zu werden, da sie eine längere Verweildauer auf der Plattform wahrscheinlicher machen. Da den Nutzer*innen neben den eigentlichen Posts immer auch Werbebotschaften eingeblendet werden, lassen sich so polarisierende Meinungen wie FakeNews oder Verschwörungstheorien kapitalisieren (Vogl 2021). Es sind einige wenige Konzerne des kommerziellen Internets (allen voran Meta [Facebook, Instagram, WhatsApp], Alphabet [Google,

Staatsangehörigkeit und Einbürgerung – ein Blick auf die aktuelle Debatte im Lichte der Forschung

Susanne Worbs¹ und Stefan Immerfall

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit den aktuellen Reformplänen der Bundesregierung für das Staatsangehörigkeitsrecht. Zunächst wird mittels statistischer Daten die aktuelle Einbürgerungssituation beschrieben. Sodann wird im Lichte der vergleichenden Forschung das Phänomen Mehrstaatigkeit und der Zusammenhang des Staatsangehörigkeitserwerbs mit Integration und Zugehörigkeit behandelt. Abschließend wird gefragt, ob erleichterte Einbürgerungen tatsächlich die Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte steigern könnten.

1. Einführung

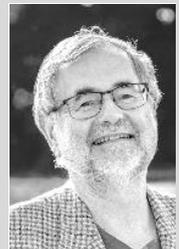
Die Regelungen zur Staatsangehörigkeit und die Einbürgerungspolitik sind in Deutschland seit Jahrzehnten immer wieder Gegenstand intensiver politischer und öffentlicher Auseinandersetzungen. Traditionell hatte sich die Bundesrepublik als „Abstammungsnation“ verstanden, zu der über Einbürgerungen nur eine kleine und ausgewählte Personengruppe hinzukommen sollte, die dafür anspruchsvolle Bedingungen erfüllen musste.² Ein Staatsangehörigkeitserwerb über Geburt im Inland (das sog. *Ius soli*) war bis zum Jahr 2000 nicht möglich. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatte es jedoch unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung erste Öffnungen gegeben, mit denen unter anderem ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung für bestimmte Gruppen von Ausländerinnen und Ausländern geschaffen wurde.

Die Ende 1998 ins Amt gekommene rot-grüne Bundesregierung hatte die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als eines ihrer großen Reformprojekte benannt. Sie setzte dies unter Bundesinnenminister Otto Schily auch durch, allerdings in einigen Punkten



Dr. Susanne Worbs

Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge BAMF, Nürnberg



Prof. Dr. Stefan Immerfall

Pädagogische Hochschule Schwäbisch-Gmünd
Abteilung Soziologie

anders als ursprünglich geplant. Das lag vor allem am Widerstand der unionsgeführten Länder im Bundesrat und der Frage der Mehrstaatigkeit. Mit dem zum 1. Januar 2000 neu in Kraft tretenden Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) wurde die notwendige Aufenthaltsdauer für Anspruchseinbürgerungen von fünfzehn auf acht Jahre herabgesetzt, und es wurden erstmals Elemente des Geburtsortprinzips in das deutsche Recht eingeführt. Kinder ausländischer Eltern können seitdem, wenn mindestens ein Elternteil einen rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt von acht Jahren in Deutschland aufweist, mit Geburt im Inland Deutsche werden. Sie müssen sich allerdings, so die bis heute in § 29 StAG niedergelegte „Optionsregelung“ (ausführlich dazu: Worbs 2014), mit Erreichen der Volljährigkeit für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit der Eltern entscheiden. Seit 2014 gilt dies jedoch nur noch, wenn die betreffenden Kinder nicht in Deutschland aufgewachsen sind. Mit der Optionsregelung wurde der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit aufrechterhalten, der auch bei Einbürgerungen nach wie vor gilt. Er ist aber durch die faktischen Entwicklungen der letzten Jahre immer mehr in Frage gestellt worden (vgl. Abschnitt 3 dieses Beitrags).

Mehr als 20 Jahre nach dieser letzten „großen“ Reform des Staatsangehörigkeitsrechts strebt nun die aus der Bundestagswahl 2021 hervorgegangene Ampel-Bundesregierung erneut deutliche Änderungen an. Diese Bestrebungen sind durch die relativ niedrigen Einbürgerungszahlen und den Fachkräftemangel in Deutschland getrieben, daneben auch durch das Migrationsgeschehen, insbesondere die starke fluchtbedingte Zuwanderung in den Jahren 2015/2016 und die sich deutlich abzeichnenden Wiederbelebung der Migration nach den Corona-Jahren 2020 und 2021 (vgl. BMI/BAMF 2023 sowie Destatis 2023). Ende 2021 lebten nach den Zahlen des Ausländerzentralregisters (AZR) 11,8 Millionen ausländische Staatsangehörige in Deutschland, 45% mehr als noch Ende 2014. Die größten Einzelgruppen bilden dabei türkische, polnische und syrische Staatsangehörige, was die Vielfalt der Zuwanderung spiegelt: Ein traditionelles „Gastarbeiterland“ steht neben einem EU-Staat und einem Hauptherkunftsland von Geflüchteten. Hinzu kommt seit Februar 2022 die Flucht von Millionen ukrainischer Staatsangehöriger vor dem russischen Angriffskrieg, für die Deutschland ebenfalls ein wichtiges Zielgebiet ist.

Der vorliegende Beitrag skizziert im Folgenden die geplanten Änderungen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts (Abschnitt 2) und stellt diese den faktischen Entwicklungen im Laufe des letzten Jahrzehnts gegenüber (Abschnitt 3). Es folgt eine Betrachtung darüber, was die Forschung über den Zusammenhang von Staatsangehörigkeitserwerb und Integration weiß (Abschnitt 4), ein Punkt, der in der politischen Debatte sehr unterschiedlich bewertet wird. Diskutiert werden außerdem die potenziellen Wirkungen einer Reform auf die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften nach Deutschland (Abschnitt 5) und das Thema Mehrstaatigkeit (Abschnitt 6), bevor im Fazit eine zusammenfassende Bewertung erfolgt.

Der Krieg in der Ukraine – Die Vorstellungen und Emotionen von Schülerinnen und Schülern

Bastian Vajen, Lena Bohnenstengel und Dirk Lange

Zusammenfassung

Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse einer qualitativen Studie mit Schülerinnen und Schülern zu ihren Vorstellungen, Emotionen und Meinungsbildungsprozessen mit Bezug auf den Ukraine-Krieg dar. Zusätzlich werden mit dem Krieg in Verbindung stehende und für die Politikdidaktik relevante Themenbereiche diskutiert und ein Ausblick auf mögliche didaktische Anknüpfungspunkte gegeben.

1 Einleitung

Der Russisch-Ukrainische Krieg, der mit der Invasion russischer Truppen im Februar 2022 eine neue Dimension erreichte, hat auch in Deutschland zu neuen Herausforderungen sowie intensiven politischen und gesellschaftlichen Diskursen geführt. Die Auswirkungen dieses Krieges sind vielseitig und betreffen dabei sowohl wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte, beispielsweise in Form von Preissteigerungen und der Unterbringung von geflüchteten Personen, als auch sicherheitspolitische Diskussionen über die Rolle und den Beitrag Deutschlands (Czada, 2022; Gerlach & Ryndzak, 2022). Dass der Ukraine-Krieg entsprechend auch im politikdidaktischen Diskurs aufgegriffen und Überlegungen zu den hiermit verbundenen Implikationen für die politische Bildung angestellt wurden (Fischer, 2022; Sander, 2022), ist vor dem Hintergrund des Stellenwerts gesellschaftlicher Probleme und politischer Konflikte für die Politikdidaktik wenig verwunderlich. Was in diesem Zusammenhang jedoch bisher noch nicht strukturiert erfasst wurde, sind die Vorstellungen von Lernenden zu diesem Krieg, ihre emotionalen Reaktionen, ihre Informationsgewinnung sowie die hiermit



M. Ed. Bastian Vajen ist wiss. Mitarbeiter am Inst. für Politikwissenschaft und am Inst. für Didaktik der Demokratie, Universität Hannover

B.A. Lena Bohnenstengel ist studentische Mitarbeiterin am Inst. für Didaktik der Demokratie, Universität Hannover

Prof. Dr. Dirk Lange
Universitätsprofessor für die Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien und der Leibniz Universität Hannover

verbundenen Anforderungen für die Politikdidaktik. Über die Notwendigkeit der Erforschung der Lernvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern und ihre Relevanz für politische Lernprozesse besteht im politikdidaktischen Diskurs relatives Einvernehmen (Bonfig, 2019). Entsprechend erscheint es gerade in von Verunsicherungen und gesellschaftlichen Veränderungen geprägten Zeiten relevant, die Perspektiven von Schülerinnen und Schülern zu untersuchen. Hieran anschließend befasst sich dieser Artikel mit den Vorstellungen, Emotionen und Meinungsbildungsprozessen von Schülerinnen und Schülern zum Ukraine-Krieg, die zwischen Juni und Juli des Jahres 2022 im Rahmen von teilstrukturierten Interviews mit 14 Schülerinnen und Schülern erhoben und qualitativ-inhaltsanalytisch ausgewertet wurden. Ziel dieser explorativen Studie ist es, einerseits relevante politikdidaktische Themenbereiche mit Bezug auf den Ukraine-Krieg aufzuarbeiten und andererseits die bisher noch nicht systematisch erforschten Perspektiven von Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen und so zu dem Diskurs um theoretische und praktische politikdidaktische Zugänge beizutragen.

2 Der Ukraine-Krieg – Zentrale Aspekte und ihre politikdidaktische Relevanz

Mit dem Ukraine-Krieg ist neben den oben beschriebenen Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft vor allem auch das Leid der ukrainischen Bevölkerung verbunden. Für diese bedeutet der Krieg, neben umfangreichen materiellen Verlusten, mindestens tausende zivile und – ebenso wie auch auf russischer Seite – auch zehntausende militärische Opfer, hunderttausende verschleppte und vertriebene Personen sowie eine nachhaltige Traumatisierung weiterer Bevölkerungsteile (Haque et al., 2022). Während ein Ende der Kampfhandlungen zum aktuellen Zeitpunkt nicht in Sicht scheint, besteht weiterhin ein Eskalationspotenzial des Krieges durch den Einsatz von Nuklearwaffen, der die Kampfhandlungen auch über die Grenzen der beteiligten Kriegsparteien hinaus ausdehnen könnte (Bollfrass & Herzog, 2022). Vor diesem Hintergrund muss eine auf politisch-moralische Urteilsfähigkeit abzielende politische Bildung mit Bezug auf die Situation in der Ukraine Schülerinnen und Schüler mehr denn je dazu befähigen, kulturell legitimierte Werte zu reflektieren und auch in einer solch emotional belastenden Situation die Legitimität anderer Positionen anzuerkennen und konfliktfähig verhandeln zu können (Reinhardt, 2018). Hierbei gilt, dass demokratische Politik einen Wertebezug beinhaltet, Moral und Politik jedoch nicht deckungsgleich sind und moralische Überzeugungen keine direkten politischen Entscheidungen ergeben können und dürfen, da diese der Anwendung auf Kontexte bedürfen und entsprechende Folgen abgewogen und verantwortet werden müssen (Reinhardt, 2010). Dies zeigt sich im aktuellen Diskurs vor allem in Auseinandersetzungen über den Stellenwert des Friedens und die Forderungen nach Waffenstillständen und Verhandlungen, die auch vermehrt im Kontext der politischen Bildung aufgegriffen werden (Varwick, 2022).

Kontrovers: Cannabis-Legalisierung in Deutschland

Claudia Mathias

„Lauterbach will Kiffen leichter machen“ titelt die BILD¹, als im Oktober vergangenen Jahres der Bundesgesundheitsminister ein Eckpunktepapier² zur kontrollierten Abgabe von Cannabis vorstellte. Dieses beinhaltet u.a., dass der „Erwerb und der Besitz bis zu einer Höchstmenge von 20 bis 30 Gramm Genusscannabis zum Eigenkonsum im privaten und öffentlichen Raum [...] straffrei ermöglicht“ und privater Eigenanbau „in begrenztem Umfang erlaubt“ würden. Das Mindestalter für Verkauf und Erwerb solle 18 Jahre betragen und der Vertrieb „mit Alterskontrolle in lizenzierten Fachgeschäften und ggf. Apotheken erfolgen.“ Darüber hinaus will die Bundesregierung Reinheits- und Qualitätsstandards festlegen, eine „Cannabis-Steuer“ einführen sowie Präventionsarbeit, Beratungs- und Behandlungsangebote ausbauen.

Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge in Deutschland³ und die weltweit am zweithäufigsten konsumierte Droge nach Alkohol und vor Nikotin⁴. Nach Schätzungen des Deutschen Hanfverbandes⁵ beträgt die illegal konsumierte Menge in der Bundesrepublik 200 bis 400 Tonnen jährlich. Knapp 9 Prozent aller Erwachsenen im Alter von 18 bis 64 Jahren konsumierten laut Epidemiologischen Suchtsurvey von 2021 innerhalb von 12 Monaten mindestens einmal Cannabis, etwa 4,5 Millionen Personen.⁶ Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)⁷ gab 2021 allein die Hälfte aller 18- bis 25-jährigen an, bereits Cannabis konsumiert zu haben. Während der Konsum von Alkohol und Zigaretten rückläufig sei, konstatiert die BZgA einen stetigen Anstieg von Cannabis-Konsum bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (12-25 Jahre).



Claudia Mathias

unterrichtet Gemeinschaftskunde, Wirtschaft und Recht an einem freien Gymnasium bei Leipzig und führte ein Planspiel zur Cannabis-Legalisierung im Bundestag in Klassenstufe 9 durch.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) – Nicht nur Chancen, sondern auch Herausforderungen und Probleme für die sozialwissenschaftliche Bildung

Christian Fischer

1. Zur Aktualität des Themas

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ versteht sich als eine Bildung, „die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt“ (Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung/Bundesministerium für Bildung und Forschung 2017: 7). Sie möchte einen Beitrag zu einer „umfassende[n] und tief greifende[n] gesellschaftliche[n] Transformation“ im Sinne der Menschheit und des Planeten leisten (Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung/Bundesministerium für Bildung und Forschung 2017: 7).

Eine aktuelle bildungspolitische Nachricht könnte lauten, dass ihre Verankerung in den Lehrplänen der Bundesländer inzwischen weit vorangeschritten ist. Sie erfolgte nicht als eigenes Unterrichtsfach, sondern als Querschnittsaufgabe der bestehenden Unterrichtsfächer. Damit steht auch die schulische sozialwissenschaftliche Bildung – im Rahmen des Sachunterrichts und der weiterführenden Fächer, die je nach Bundesland Sozialkunde, Politik-Wirtschaft oder Gemeinschaftskunde heißen, – vor der Aufgabe, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu integrieren und umzusetzen.

Eine wirklich *breite* fachdidaktische Diskussion über die Frage, inwieweit „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und sozialwissenschaftliche Bildung zueinander passen, blieb bisher allerdings aus. Zwar wurden in einzelnen Publikationen die Chancen und Schnittmengen beleuchtet (vgl. Hemkes/Rudolf/Zustrassen 2022; Wulfmeyer 2020; Peter/Moegling/Overwien 2011), die Analyse von Herausforderungen, Spannungsfeldern und möglichen Problemen steht hingegen erst am Anfang. Das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sollte jedoch aus Sicht der sozialwissenschaftli-



Christian Fischer

Lehrer für Sozialkunde und Geschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt, Erziehungswissenschaftliche Fakultät

chen Bildung gleichermaßen würdigend und kritisch reflektiert werden. Ich möchte gleich zu Beginn meine persönliche Position darlegen: Ich halte das Nachdenken über Nachhaltigkeit und das Suchen nach zukunftsfähigen Entwicklungswegen für essenziell, speziell im Kontext einer sozialwissenschaftlichen Bildung. Aber ich habe die Befürchtung, dass dieses Anliegen eine Floskel bleibt oder schlichtweg seine Ziele verfehlt, wenn neben seinen Chancen nicht auch seine Herausforderungen und Spannungsfelder diskutiert und bearbeitet werden.

2. Sozialwissenschaftliche Bildung

Sozialwissenschaftliche Bildung integriert politisches, gesellschaftliches und ökonomisches Lernen. Sie wird von der Annahme getragen, dass sich die Bereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht getrennt voneinander verstehen lassen (vgl. Engartner/Hedtke/Zurstrassen 2021: 12-36). Die gesellschaftlichen Teilbereiche haben zwar ihre Eigenlogiken, die es im Unterricht zu berücksichtigen gilt, ihre separierte Betrachtung in unterschiedlichen Unterrichtsfächern ist aber artifiziell und wirklichkeitsfremd. Entgegen einiger Behauptungen aus der Wirtschaftsdidaktik bringt eine sozialwissenschaftlich integrierte Perspektive die Lernenden auch nicht durcheinander, sondern sie entspricht ihren Orientierungs- und Lernbedürfnissen (vgl. Fischer 2018: 422-426). Die übergeordnete Zielsetzung der sozialwissenschaftlichen Bildung liegt in der Anbahnung und Förderung politischer Mündigkeit und Demokratiefähigkeit.

Zu den Leitideen sozialwissenschaftlicher Bildung gehört außerdem die der Pluralität (vgl. Engartner/Hedtke/Zurstrassen 2021: 14-16 u. 83-86). Indem sie Fragen wie soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Arbeitsverhältnisse, Wohlstandssicherung oder globale Wirtschafts- und Machtbeziehungen aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven untersucht, beugt sie monoparadigmatischen Betrachtungsweisen vor. Mehr noch: Sozialwissenschaftliche Bildung folgt dem Anspruch, die unterschiedlichen Strömungen und damit Kontroversen innerhalb der Fachperspektiven zu berücksichtigen. Sie fühlt sich dem Überwältigungsverbot und dem Kontroversgebot des Beutelsbacher Konsens verpflichtet. Das heißt: Kinder und Jugendliche dürfen im sozialwissenschaftlichen Unterricht weder zu einer bestimmten politischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Haltung oder Aussage gedrängt noch überredet werden (vgl. Engartner/Hedtke/Zurstrassen 2021: 120-121). Um das zu gewährleisten, sollen wissenschaftlich und politisch kontrovers diskutierte Fragen im Unterricht auch als kontrovers erscheinen. Die Bezugsfächer sozialwissenschaftlicher Bildung sind in der Grundschule der Sachunterricht und in der weiterführenden Schule der sozialwissenschaftliche integrierte Politik- und Wirtschaftsunterricht.

Rollenspiele in einer inklusionsorientierten historisch-politischen Bildung

Sinn und Grenzen am Beispiel „Rosa Parks“
Teil 1¹

Johannes Jöhnck

1. Einleitung

Rollenspiele sind in verschiedenen (inklusionsorientierten) Fachdidaktiken wie auch speziell in der fachrichtungsbezogenen Didaktik im sonderpädagogischen Schwerpunkt Geistige Entwicklung (im Folgenden mit SGE abgekürzt) zuhause. In den Fächern Geschichte und Politik können sie, über alle Bildungsgänge und Schultypen hinweg, auf der einen Seite als ein Verfahren mit vielen Chancen gelten. So ermöglichen Rollenspiele den oft so wichtigen oder gar notwendigen enaktiven, erfahrungsbezogenen Zugang zu Inhalten. Ein beliebig gewähltes Beispiel hierfür ist das von Alavi und Franz (2017) dargestellte Rollenspiel zum Alten Rom, in welchem die Platzverteilung im Kolosseum nach sozialer Stellung im Klassenzimmer simuliert wird (vgl. ebd.: 93f.). Auf der anderen Seite stößt die Methode immer wieder, beispielsweise aus geschichtstheoretischen Gründen, auf Skepsis, Einwände oder Ablehnung (vgl. z.B. Bernhardt 2018: 172ff.).

In einem andernorts publizierten Artikel mit Bausteinen einer Unterrichtsidee zu „Rosa Parks – der Kampf um gleiche Rechte“ (Jöhnck 2022) habe ich ein Rollenspiel für den Auftakt eines historisch-politischen Lernprozesses in einer 10. Klasse an einer Schule mit dem SGE konzipiert. Ein Hintergrund dieses Artikels sind die in den letzten Jahren verstärkt hervortretenden Bemühungen, auch solchen Schüler:innen anspruchsvolle Bildungsinhalte zugänglich zu machen, denen die Auseinandersetzung mit diesen bislang nicht oder kaum zugetraut worden war, und auf diese Weise Bildungsbenachteiligung abzubauen (vgl. z.B. Meyer/Hilpert/Lindmeier 2020; Jöhnck/Baumann 2022).

Am Artikel und besonders an jenem Rollenspiel wurde zeitnah nach dem Er-



Dr. Johannes Jöhnck

Lehrer für sonderpädagogische Förderung mit den Fachrichtungen Geistige Entwicklung und Lernen sowie den Fächern Politik und Wirtschaft und Deutsch

Eine Reise durch die gespaltenen Staaten von Amerika

Über: Evan Osnos (2022), *Mein wütendes Land*

Hermann Kurthen

Was ist los mit den polarisierten und dysfunktionalen Vereinigten Staaten von Amerika? Warum ist aus dem „amerikanischen Traum“ ein Albtraum geworden? Was sind die Ursachen für die Wut, die dieses Land seit Jahren umtreibt und wohin geht die Reise? Diese Fragen sind wichtig, weil die USA immer noch im sogenannten „Westen“ – aber auch darüber hinaus – eine einflussreiche, hegemoniale Vormachtstellung einnehmen, obwohl ihr Einfluss zurückgegangen ist und ihre Reputation Schaden genommen hat.

Informierte Antworten auf solche komplexen Fragen zu geben ist schwierig. Das isolierte Herausgreifen, Kategorisieren oder Nebeneinanderstellen beispielsweise von einzelnen Personen, Ereignissen, Trends oder Zeitabschnitten (etwa Trumps Regierungsperiode) hilft nicht weiter, weil gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen immer eine Vorgeschichte haben. Wie also soll man dieses schwierige Unterfangen des Verstehens der gegenwärtigen Lage der USA angehen?

Mit seinem populärwissenschaftlichen Bestseller *Mein Wütendes Land. Eine Reise durch die gespaltenen Staaten von Amerika* ist Evan Osnos dazu ein Meisterstück gelungen. Er fing als Journalist in West Virginia an, arbeitete in Chicago und Washington DC, schrieb in New York für das Magazin *New Yorker* und ging dann in den Nahen Osten und nach China. In früheren Arbeiten hat er schon ähnliche dokumentarische Versuche unternommen, den Puls einer Nation zu messen, und dafür prestigeträchtige Auszeichnungen wie den National Book Award und den Pulitzer Preis bekommen.

Schlaglichtartig, zeit- und raumübergreifend kombiniert Osnos eigene persönliche Erfahrungen mit Zeugnissen von 19 Befragten, die in sozialen Brennpunkten der USA leben. Seine Beobachtungen und Interviews unterlegt er mit dokumentarisch gut beleg-



Dr. Hermann Kurthen
Professor Department of Sociology
Grand Valley State University

Evan Osnos
Mein wütendes Land.
Eine Reise durch die gespaltenen Staaten von Amerika
(2022) Suhrkamp Verlag

